

Die Fleißigen und Anständigen und ihre lange Geschichte

Sylvia Köchl

Die Auseinandersetzung um den »richtigen« Antifaschismus ist in Österreich praktisch so alt wie der Aufstieg der FPÖ unter Jörg Haider seit 1986. Die »Führerfigur«, die er kreierte, und die Themen, die er als Kernthemen etablierte und mit kaum verhohlenen (positiven) Anspielungen auf die NS-Zeit artikulierte, wurden von der breiten Öffentlichkeit eher bestaunt als bekämpft. Die Wahl von Kurt Waldheim als Kandidat der ÖVP zum österreichischen Bundespräsidenten 1986 tat ihr übriges – »wir wählen, wen wir wollen« und lassen uns das auch von keiner »Ostküste« vorschreiben.

Mit Heinz Strache ist ja nun ein Politiker ganz groß herausgekommen, der im vergangenen Wahlkampf einen fast schon klassischen männerbündischen »Vatermord« am »Alten Herrn« Haider begangen hat, um sich aus der Gruppe der »Brüder« als neuer »Führer« zu erheben. Innerhalb der FPÖ hat das funktioniert und gegenüber den potenziellen WählerInnen offensichtlich auch. Wieder einer, der eine neue »Führerfigur« entwirft, der andere kulturelle Versatzstücke zu nutzen versteht (Che Guevara-Ikonografie, »HC-Man«-Comic, »HC-Rap« als Handy-Klingelton mit dem Refrain »Yes we can, for a change today«) und der nur deshalb von intellektueller Seite nicht so ungläubig bestaunt wird wie weiland Jörg Haider, weil Strache rhetorisch eher wie ein Schlägertyp wirkt.

Das Ergebnis des *Umgangs* mit diesen »Phänomenen« einer doch inzwischen so demokratischen und geläuterten Gesellschaft sind jene 30 Prozent rechtsextreme WählerInnenstimmen, die im vergangenen Herbst abgegeben wurden. Diese 30 Prozent rufen nun zum wiederholten Mal jene auf den Plan, die glauben, mit einem sozialwissenschaftlichen Verständnis ansetzen zu müssen, das die Ursachen in sozialer Deklassierung und persönlichen Kränkungen sucht.

Natürlich kann man und muss man hergehen und es mit verständnisvoller Pädagogik versuchen. Die Idealvorstellung einer breiten antifaschistischen Arbeit wäre es ohnehin, keinen möglichen Ansatzpunkt auszulassen. Dennoch bräuchte es dafür zumindest einen Grundkonsens bei der Bewertung der WählerInnen von FPÖ und BZÖ bzw. müsste die Analyse von deren Motiven zu einem gemeinsamen Schluss kommen. Dieser Schluss kann meiner Meinung nach nur lauten: Sie wissen, was sie tun. (1) Es sind weder »Verführte« noch sind sie auf den »Populismus hereingefallen« oder haben »Protest« gewählt (in dem Sinne, dass sie eigentlich ganz woanders stünden, würde man dort ihre Sorgen und Nöte nur besser verstehen). So unzutreffend und sehr leicht als Schutzbehauptungen identifizierbar diese Argumentationsmuster schon 1945 waren, so verharmlosend sind sie es auch heute – gerade mit der Erfahrung des Nationalsozialismus im Rücken.

Denn aus Sicht der »Fleißigen«, »Tüchtigen« und »Anständigen« (sprich: der Arier) hat dieses Rezept schon einmal funktioniert. Innerhalb der »Volksgemeinschaft« ist jeder wer, ist auch der kleinste (Rüstungs-) Arbeiter Teil von etwas Großem und hat nicht nur die Pflicht, sondern vor allem das Recht, alle, die »anders« sind, genau zu beobachten und gegebenenfalls zu denunzieren. Die Niederlage des Nationalsozialismus war ja als kriegerische leicht zu verschmerzen, dass aber das ganze System danach als verbrecherisch angesehen wurde, ist die tatsächliche »Kränkung«, die von den betroffenen Generationen auch als solche tradiert wird. Für diese »Wunden« sind FPÖ (BZÖ), Waldheim und die sich heroisch gegen die EU-»Sanktionen« stemmende schwarzblaue Regierung Balsam. Der populistische Trick besteht eigentlich nur darin, dafür zu sorgen, dass sich diese »Wunden« niemals ganz schließen.

In einer anderen Gesellschaft, die nicht massenhafter und aktiver Teil des Nationalsozialismus war, würde man mit solchen rechtsextremen Erfolgen anders umgehen, würde die Analyse woanders ansetzen und wären auch die möglichen Gegenstrategien andere. In Österreich kann die Analyse am Nationalsozialismus und am Umgang mit ihm aber nicht vorbei.

Hier kann auch das Versagen der Sozialdemokratie (als große Partei mit ernstzunehmendem antifaschistischem Hintergrund) gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Nach einem großen gesellschaftlichen Modernisierungsschub in den 1970er Jahren, den Österreich der SPÖ verdankt, folgten die Konsolidierung der Macht und ein Abschütteln vieler linker und antifaschistischer Positionen und Institutionen – so man sich dieser nicht schon 1945 entledigt hatte. Die Einstellung der »Arbeiterzeitung« im Jahr 1989 ist für mich ein beredter Ausdruck dafür, dass die SPÖ tatsächlich glaubte, Aufklärung, das Vertreten und Diskutieren linker Positionen und die genauere öffentliche Auseinandersetzung mit aktuellen Themen seien nicht mehr nötig. Im »Krone«-Land die eigene Zeitung abzuschaffen, grenzt allerdings schon an Dummheit.

Die großkoalitionäre Harmonie, die (ebenso wie die FPÖ) ein direktes Ergebnis des Nationalsozialismus war (und nach dem schwarzblauen Intermezzo nun wieder ist), führte zur Zementierung rechter Positionen in der SPÖ, die für mich ihren absurdesten Höhepunkt in der Bestellung des (Partei-) Linken Caspar Einem als Innenminister 1995 fand, der in dieser Position offenbar stellvertretend für viele andere die Grenzen »linker Träumereien« von z. B. einer nichtrassistischen Einwanderungsgesellschaft kennen und akzeptieren lernen sollte.

Und auch die sozialdemokratischen GewerkschafterInnen konnten sich nie zu der einfachen Wahrheit bekennen, dass der/die klassische österreichische ArbeiterIn am Fließband mit dem/der türkischen KollegIn mehr gemeinsam hat als mit dem österreichischen Chef. Und damit meine ich kein simplifizierendes »Wir da unten – die da oben«, sondern ein klares Festhalten an einer Kapitalismusanalyse, die die Ungerechtigkeiten einer Klassengesellschaft erkennt und auch bekämpfen, wenn schon nicht überwinden will und die in diesem Zusammenhang Rassismus als Entsolidarisierungsmoment begreift, mit dem hervorragend geteilt und geherrscht werden kann. Mit dem Ausländerbeschäftigungsgesetz ist nicht zuletzt auch der »Österreich zuerst«-Grundsatz des ÖGB in juristischen Stein gemeißelt und ein Abtragen dieses Steins, wie es seit einigen Jahren von den migrantischen Selbstorganisationen gefordert wird, kann nicht einmal diskutiert werden. (2) Es geht bei diesem Gesetz u. a. darum, dass bei Schwierigkeiten in einem Betrieb MigrantInnen als erste gekün-

digd werden müssen, sowie darum, dass eine freie Stelle erst dann mit einem/einer MigrantIn besetzt werden darf, wenn sich dafür kein/e InländerIn findet. (3) »Man findet wenig plakativere Beispiele für Rassismus als diese zwei ‚Inländerschutzmöglichkeiten‘«, urteilt Ljubomir Bratic. (4)

Die Zustimmung zu rassistischen Ansichten und zu rassistischer Politik ist in Österreich »traditionell« extrem hoch – viel höher jedenfalls als das Potenzial, das die FPÖ samt BZÖ heute daraus schöpfen kann. Das beweist aber nur, dass nicht nur die WählerInnen rechtsextremer Parteien wissen, was sie tun, sondern dass sich auch die WählerInnen von SPÖ und ÖVP dort mit ihrem vielleicht etwas moderateren Rassismus gut aufgehoben fühlen.

Rassismus und viel mehr noch der Antisemitismus bilden in Österreich eine breite Grundlage, von der die Sicht auf die Welt ausgeht. Natürlich sind es u. a. Parteien (aber auch Medien, Schulen und zahlreiche weitere gesellschaftliche Institutionen), die das entweder als Problem erkennen und bekämpfen oder (der leichtere Weg) darauf aufbauend Macht anhäufen, unabhängig davon, ob sie mit dieser Macht dann den direkten Weg in die Hölle weisen oder diesen Weg auf dem sprichwörtlichen Pflaster aus guten Vorsätzen beschreiten. Für die Betroffenen von Rassismus und Antisemitismus ist und bleibt es eine Höllenfahrt, die jederzeit wieder in der Vernichtung enden kann.

Aber vielleicht sollte eine Gegenposition zur sozialwissenschaftlichen oder pädagogischen »Umarmung« der FPÖ/BZÖ-WählerInnen nicht so martialisch klingen, um ernst genommen zu werden. Vor allem, weil es eigentlich genügen müsste, an einige Aussagen der jeweiligen Parteiführer (nicht nur von FPÖ/BZÖ) zu erinnern, um sich klar zu machen, dass es da nichts misszuverstehen gibt, dass diejenigen, die dazu tendieren, das nicht versehentlich tun. Nicht nach über 20 Jahren Aufstieg des parteiförmigen Rechtsextremismus. Nicht nach den Briefbomben und der Bombe von Oberwart. Nicht nach den vielen Schwarzen Mitbürgern, die in den letzten Jahren bei »Amtshandlungen« (der Polizei, der Fremdenpolizei und sogar von Sanitätern) gestorben sind. Nicht nach den vielen Abschiebungen, die in den Tod führten oder den geschlossenen Grenzen, die ihre Opfer forderten. Usw.

Es ist richtig, sich wissenschaftlich mit den Subjekten des Rassismus und Antisemitismus, also z. B. mit diesen 30 Prozent WählerInnen und mit den gewählten Parteien genau zu befassen. Ich halte es aber für falsch, inhaltlich bei den Anrufungen anzusetzen, die dort zu beobachten sind; also z. B. ein »Kleine Leute«-Syndrom empirisch zu beforschen, das wohl nur eine Verbrämung von Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit ist. Genauso wie rechtsextreme Ideologien und Parteien als solche (und nicht nur als rechtspopulistisch) benannt werden müssen, müssen wir auch von den bis zu 70 Prozent RassistInnen und AntisemitInnen in diesem Land als solche sprechen. Jede simple Meinungsumfrage bringt diese Werte seit Jahren hervor. Außerdem sind diese Werte praktisch stabil – egal, ob gerade Wirtschaftsaufschwung oder Rezession herrscht (5). Eine Verknüpfung mit der wirtschaftlichen oder sozialstaatlichen Situation muss erst hergestellt werden, und das ist dann wieder nur Teil des populistischen Tricks und keine Kausalität.

Insgesamt scheint mir aber der antisemitische Gehalt der rechtsextremen Parteien und ihrer WählerInnen von der empirischen Sozialwissenschaft völlig unterschätzt zu werden. Und ich kann nur vermuten, dass das daran liegt, dass der Rassismus mit dem großen Feld der sozialen Auseinandersetzungen konnotiert werden kann,

während der Antisemitismus damit scheinbar nichts oder nur wenig zu tun hat. Aber wie bereits erwähnt, stellen beide, mehr aber noch der Antisemitismus eine Folie dar, von der aus die Sicht auf die Welt grundsätzlich geordnet wird. So löblich es also wäre, mit einem neuen »Projekt Aufklärung« die genannten populistischen Tricks zu entlarven und scheinbare Kausalitäten zu diskreditieren, so zentral wäre es dabei, nicht selbst auf diese Tricks hereinzufallen und die davon unabhängige Konstanz von Rassismus und Antisemitismus vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Vergangenheit im Blick zu behalten.

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu z. B. folgendes Zitat: »... wenn man nicht sehen will, dass viele diese und ähnliche Parteien trotz und nicht wegen deren rechtsextremer Ausrichtung wählen ...« (Jörg Flecker: Sind wir vielleicht Teil des Problems?, in: MALMOE 44, Winter 2008)
- 2 Es gab v. a. im Gefolge des Austrian Social Forum seit 2003 mehrere Versuche, direkt mit sozialdemokratischen GewerkschafterInnen darüber zu diskutieren, was aber von diesen entweder verweigert wurde oder zu nichts führte.
- 3 Ausländerbeschäftigungsgesetz (AuslBG), Stand: 1. 1. 2009
 §4b: Die Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes (§ 4 Abs. 1) lässt die Erteilung einer Beschäftigungsbewilligung zu, wenn für die vom beantragten Ausländer zu besetzende offene Stelle weder ein Inländer noch ein am Arbeitsmarkt verfügbarer Ausländer zur Verfügung steht (...).
 § 8 (2): Die für einen Ausländer erstmals erteilte Beschäftigungsbewilligung ist weiters mit der Auflage zu verbinden, dass zur Erhaltung der Arbeitsplätze inländischer Arbeitnehmer im Falle a) der Verringerung der Anzahl der Arbeitsplätze die Beschäftigungsverhältnisse der Ausländer vor jenen der inländischen Arbeitnehmer zu lösen sind; b) von Kurzarbeit im Sinne des Arbeitsmarktförderungsgesetzes vor deren Einführung die Beschäftigungsverhältnisse der Ausländer zu lösen sind, wenn dadurch Kurzarbeit auf längere Sicht verhindert werden könnte.
 Quelle: www.jusline.at
- 4 Bunte Zeitung, März 2001
- 5 Vgl. dazu bspw. Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften, 3/1992/4: Antisemitismus (<http://www.univie.ac.at/wirtschaftsgeschichte/oezg/OeZG924.html>)